

orf.at | 23.10.2013

news ORF.at

Fernsehen TVthek Radio Debatte Österreich Wetter IPTV Sport News ORF.at im Überblick



## Fehlende Finanzmittel für Forschung

**Landläufig wird angenommen, dass Suchtkranke den Staat deutlich mehr kosten, als dieser durch Steuern für Alkohol, Zigaretten und Glücksspiel einnimmt. Nun zeigt eine neue Studie genau das Gegenteil und wirft dem Staat vor, viel zu wenig Geld in Suchtforschung zu investieren und so widersprüchliche Angaben bewusst in Kauf zu nehmen.**

Suchtmittel sind für den Staat laut der Studie eine sprudelnde Einnahmequelle. So übersteigen die Einnahmen aus dem Verkauf von Alkohol und Zigaretten sowie die Abgaben aus dem Glücksspiel die volkswirtschaftlichen Kosten der damit zusammenhängenden Suchtkrankheiten um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das ergab eine Untersuchung des Marktanalyseinstituts Kreuzer Fischer & Partner (KFP) gemeinsam mit der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie an der Medizinischen Universität (MedUni) Wien.

### Suchtkranke verursachen Kosten von 777 Mio. Euro

Laut der neuen Untersuchung, die unter anderem auf einer Auswertung früherer Studien beruht, belaufen sich die sozialen Folgekosten für Alkoholabhängigkeit auf 255 Mio. Euro pro Jahr. Raucher verursachen Kosten in der Höhe von rund 234 Mio. Euro, illegale Drogen kommen die Volkswirtschaft mit 278 Mio. Euro am teuersten. Am geringsten sind die Kosten für Spielsucht mit gerade einmal zehn Mio. Euro. Unter sozialen Folgekosten sind hier Ausgaben für medizinische Behandlung, soziale Unterstützung, Strafverfolgung und Produktivitätsverlust subsumiert.

In Summe sind das 777 Mio. Euro jährlich denen jedoch Steuereinnahmen aus dem Verkauf von Alkohol und Tabak sowie Steuern und Abgaben aus dem Glücksspiel von insgesamt 2,242 Mrd. Euro gegenüberstehen, wie KFP ermittelte. Damit übersteigen die Einnahmen die Kosten um knapp 1,5 Mrd. Euro, rechnete KFP aus - eigentlich ein erfreulicher Befund, stünde er nicht in völligem Widerspruch zu anderen Studien.

So berechnete erst im Juli dieses Jahres das Institut für Höhere Studien (IHS) die Kosten für Alkoholabhängigkeit mit 860,7 Mio. Euro. Dem stellte das IHS Steuereinnahmen von 119,2 Mio. Euro und „Entlastungen“ für das Pensionssystem durch die höhere Sterblichkeit von Alkoholkranken in der Höhe von 3,7 Mio. Euro gegenüber. Demnach betrug die Kosten der Alkoholkrankheit im Jahr 2011 738 Mio. Euro oder 0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

orf.at | 23.10.2013

### **Genauere Zahlen für neues Joghurt?**

Doch KFP-Analyst Andreas Kreutzer und Suchtforscherin Gabriele Fischer von der Universitätsklinik für Psychiatrie zweifeln an den bisher publizierten Daten. Das Datenmaterial sei teilweise statistisch gar nicht belastbar. So seien die fünf Prozent der Österreicher im Alter von 15 bis 90 Jahren, die laut offiziellen Zahlen alkoholabhängig sind, aus einer Fallzahl von nur 50 Personen hochgerechnet worden, kritisierte Kreutzer. „Selbst die Einführung einer neuen Geschmacksrichtung bei Fruchtjoghurt ist besser abgesichert“, meinte der Marktanalyst.

Demzufolge hat Österreich offiziell - und völlig unplausibel - einen doppelt so hohen Anteil an Alkoholikern wie Deutschland. Auch werden etwa die volkswirtschaftlichen Kosten des Alkoholmissbrauchs in Österreich auf 103 Euro pro Einwohner taxiert, in Deutschland ist der Anteil mit 328 Euro dreimal so hoch, und in der Schweiz werden die Kosten sogar mit 665 Euro angegeben. Kreutzer sieht die großen Diskrepanzen vor allem in der mangelnden Grundlagenforschung. „Dieses Thema gehört in den Mikrozensus.“

### **Keine Richtlinien für ideelle Werte**

Krankheitskosten müssten für Österreich aus deutschen Statistiken abgeleitet werden, weil es hierzulande darüber keine Aufzeichnungen gebe, so Kreutzer. Auch die Dokumentation von Suchttherapien sei lückenhaft. Andererseits verwende die Gesundheitsökonomie für die Berechnung der spezifischen Produktivitätsverluste durch Sterblichkeit und Krankheit Modelle, die nicht die Wirklichkeit abbilden würden, sondern lediglich einen ideellen Wert bezifferten. Und wie hoch dieser anzusetzen ist, dafür gibt es keine Richtlinien.

### **„Angstmache mit Schätzwerten“**

Trotz des berechneten jährlichen Überschusses gebe es von der öffentlichen Hand kaum Unterstützung für die Suchtforschung, und das, obwohl Suchtexperten die prekäre Datenlage seit Jahrzehnten beklagen. „Aus unserer Sicht ist das vollkommen unverständlich“, so Kreutzer, „ermöglicht man doch damit auf fahrlässige Weise, dass mit bloßen Schätzwerten Angstmache und Lobbying betrieben wird.“

### **Links:**

- [KFP-Studie](#)
- [IHS](#)
- [Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie \(MedUni Wien\)](#)

© Kreutzer Fischer & Partner